



WILPF | SCHWEIZ
INTERNATIONALE FRAUENLIGA
FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Rede am Bodenseefriedensweg zum Thema Frieden – Wir ent-rüsten uns!



Pazifismus und das Recht auf Selbstbestimmung und -verteidigung – mit den Augen einer feministischen Friedensaktivistin

(Es gilt das gesprochene Wort/dies ist ein für eine mündlich gehaltene Rede geschriebener Text – Zwischentitel sind nicht gesprochen. Embargo 6.5.26, 15 Uhr)

Friedliche Ostern, liebe Friedensbewegte, liebe Frauen, Männer und queere Menschen

Einleitung

In Zeiten von Aufrüstung, Waffengeheul und Militarismus sind Pazifismus und feministische Friedenspolitik unpopulär. Pazifismus – schon wieder. Feministischer Frieden – noch immer unpopulär. Bei beidem sind wir gefordert. Angesichts der sich überschlagenden Ereignisse in Israel, Iran, den Golfstaaten, und in der Ukraine mit zwei sich grössenwahnsinnig gebärdenden Despoten in den USA und in Russland, gefolgt von anderen Mächten mit Grossmachtgelüsten, hätte ich diese Rede x-mal umschreiben können. Das Recht des Stärkeren ersetzt das Völkerrecht. Ein Staatsoberhaupt wird von einem anderen Staat entführt, Kuba mit einer Totalblockade im Lebensnerv getroffen. Die Weltwirtschaft wird mit einem absurden Kriegsplan in die Krise gestürzt, in unserer Nähe dauert der von einem klaren Aggressor angestiftete Krieg schon vier Jahre; Der Blutzoll ist auf beiden Seiten hoch, die Zivilbevölkerung leidet überall. Meine Gedanken sind bei den Opfern aller Kriege, die Organisationen, die ich vertrete, bezeugen Solidarität mit der Zivilbevölkerung der Golfstaaten und von Jemen, mit den hungernden Kindern in Somalia und Südsudan, mit den geschundenen Frauen der Demokratischen Republik Kongo und Afghanistan und verurteilen den Völkermord in der Ukraine, Libanon, Gaza, Westjordanland und Iran. Wir fordern ein Zurück zur Diplomatie, Waffenstillstand, Einhaltung des Völkerrechts und Friedensverhandlung – unter Beteiligung von Frauen*, die die Erstbetroffenen von Kriegen sind, die Männer anfangen. Wir sind uns unserer Privilegien bewusst, hier am Bodensee Friedenskultur gemeinsam zu leben, frei reden zu können und ohne Angst haben zu müssen, von einer bombenbestückten Drohne getroffen zu werden.*

Dank

Ich danke den VeranstalterInnen des Bodenseefriedensweges, dass sie dem Schweizerischen Friedensrats vertraut haben, als dieser mich als Rednerin vorgeschlagen hat, und ich danke allen voran *den Frauen* des Schweizerischen Friedensrats, dass Sie mich vorgeschlagen haben, als feministische Friedens- und Menschenrechtsaktivistin.

Erlaubt mir, Euch zu duzen und *auch Euch* allen zu danken: Ihr seid in einer starken Tradition der Ostermärsche und Friedenswege verankert und viele von Euch zum x-ten Mal dabei, für Frieden und Abrüstung – mit viel Aufwind und Erfolg in den 1980er Jahren, Konstanz erklärte sich schon damals zu einer atomwaffenfreien Zone. Ihr wurdet zwischenzeitlich belächelt, verlacht oder sogar gemieden und verleugnet. Sicher musstet Ihr zur Genüge hören, Pazifismus sei ein Zeichen der Schwäche; für Frieden und Abrüstung einzustehen sei kommunistisch unterwandert; kauft Euch doch eine Bahnreise Moskau einfach – nein, der pazifistische Weg ist nötig wie nie zuvor, aber in Verbindung mit dem Völkerrecht, das noch nie so unter Druck geraten ist wie heute, und endlich mit einer feministischen Perspektive. Wir, die ein bisschen jünger sind und die sehr viel Jüngeren danken Euch für Euren beharrlichen Weg. Ich erinnere daran, dass es schon 2012 einen Aufruf zu einer rüstungsfreien Zone und zu einem Stopp Schweizer Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten gab. Die Bodenseeregion sei eine Rüstungsregion, sagte Jürgen Grässlin damals und hat eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Güter gefordert. Das ist eine der Kernforderungen der Frauen*friedensorganisation, die ich vertrete, wenn es um die praktische Umsetzung von feministischer Sicherheitspolitik geht. Davon später.

Ich habe zwei Engagement-Hüte an: Incomindios und WILPF

Den ersten Hut trage ich im Namen des **Internationalen Komitees für die Indigenen Amerikas, Incomindios**. Diese Menschenrechtsorganisation für die Rechte Indigener Völker wurde 1974 von Indigenen aus Nord-, Mittel- und Südamerika in Genf gegründet. Diesen Hut trage ich vor allem als Atomkraft- und AKW-Gegnerin – das hat mit Eurem Thema der nuklearen Abrüstung zu tun. Ich spreche vom Beginn der atomaren Kette, dem Uranabbau, der leider auch bei Atomkraft-GegnerInnen zu oft vergessen geht. Uranerz ist das Ausgangsmaterial für die Atombombe und den Betrieb eines AKWs – mit der physikalisch und chemisch belasteten Produktion von strahlenden Brennstäben.

Vergisst das nicht länger bei Eurem Anti-AKW-Engagement: Der höchst-CO2-belastete Uranabbau ist Mord an Indigenen Völkern.

Denn: Seit Beginn des Atomzeitalters waren die Indigenen Völker die ersten Opfer. Von ihrem Land stammte das tödliche Material für Atombomben; auf ihrem Land wird über 70% des Urans abgebaut, auf ihrem Land will man den atomaren Müll lagern.

Nur einige Beispiele:

Die **erste Atombombe** wurde am 16. Juli 1945 in White Sands auf indigenem Land in New Mexico, USA gezündet.

Vom Land der *Dene* und *Bear Lake* im Nordwesten Kanadas zum Beispiel stammte **das tödliche Material für die Atombomben** auf Hiroshima und Nagasaki. Die *Dene*-Männer transportierten das radioaktive Erz in Säcken, oft ohne Schutzkleidung, und atmeten den Staub ein.

Viele der Arbeiter und ihre Familien wurden **hoher radioaktiver Strahlung ausgesetzt**, nichts wissend über die tödliche Gefahr – so auch die *Navajo* in Arizona, USA, bei denen zwischen 1945 bis 1988 13 Millionen Tonnen Uran abgebaut wurde. Tausende starben an Krebs oder den Folgen der strahlenden Verseuchung. Oder die *Mirarr*-Aborigines in Australien, bei denen täglich bis zu 100'000 Liter radioaktiv verseuchtes Wasser in ihre Böden floss.

Los Alamos National Laboratory in New Mexiko, USA, ist die **Wiege der Atombombe**, die während des Manhattan-Projekts ab 1943 unter der Leitung von J. Robert Oppenheimer errichtet wurde, gebaut auf dem Land von *Pueblo*-Völkern.

Da die **Umweltverträglichkeitsprüfungen** beim Uranabbau in den Ländern des Nordens strenger geworden sind, wick der französische Atomenergiekonzern Areva schon vor Jahrzehnten nach Afrika aus. Die *Tuareg* in Niger, die *Damara* und *Nama* in Namibia und *Khoisan* in Südafrika sind die verstrahlten Opfer. Gold und Uran kommen übrigens häufig zusammen vor. Heute ist China ein wichtiger Player in Afrika.

Selbst vor dem **Weltnaturerbe Grand Canyon**, dem Land der *Havasupai*, macht die Gier nach Uran nicht halt. Pikant: Die frühere Schweizer NOK, die in Kantonsbesitz war, die heutige AXPO, war an Uranexplorationen und an einer Urangrube beteiligt. Eine riesige Überschwemmung überflutete das Dorf Supai in den 1990er Jahren. Wäre damals bereits Uran abgebaut worden, hätte das radioaktive Wasser aus der Grube das Dorf verseucht. Mit unserer Verantwortung.

Konzernverantwortungsinitiative

Übrigens Verantwortung: Bei der **Konzernverantwortungsinitiative** sind wieder Indigene Völker die Leidtragenden. Die Unterschriften zu einer zweiten

Konzernverantwortungsinitiative wurden in Rekordzeit gesammelt und im Mai 2025 eingereicht, weil die erste 2020 das Volks-, nicht aber das Ständemehr geschafft hatte. Ganz Europa kennt Lieferkettengesetze oder Sorgfaltpflichten für Konzerne, welche Menschenrechte und Umweltschutzregeln einhalten müssen, selbst wenn die EU bei der Nachhaltigkeit zurückgekrebt ist. Nur die Schweiz sträubt sich.

Wenn der Schweizer Rohstoff-Riese Glencore – mein Lieblingsfeind – mit dem Kohletagebau El Cerrejón die Lebensgrundlagen der *Wayúu* in Kolumbien zerstört, oder in Peru mit den Langzeitfolgen des Kupferabbaus Antapaccay die Kinder der *Quechua* und *K'ana* tötet, oder auf der philippinischen Insel Mindanao mit einem Kupfer-Goldminenprojekt 5'000 *B'laan* vertreiben will, dann soll der Konzern dafür haften, und die betroffenen indigenen Gemeinschaften sollen vor einem Schweizer Gericht Klage führen können.

Das hat alles auch mit Frieden zu tun. Wir müssen uns genauso gegen den habgierigen Krieg der Ressourcen wehren, wie gegen die konventionellen Kriege weltweit. Bei beiden werden Menschen getötet und die Umwelt zerstört.

Umweltzerstörung und Klimawandel

Apropos **Umweltzerstörung und Klimawandel**: Kriege und Manöver schaden dem Klima enorm: Panzer, Flugzeuge und Schiffe verbrennen riesige Mengen an Treibstoff. Allein der russische Angriffskrieg mit der Bombardierung von Ö raffinerien, Fabriken und Energieinfrastruktur in der Ukraine hat im ersten Jahr immense CO₂-Mengen und Schadstoffe freigesetzt. Auch deshalb braucht es eine Ent-Rüstung. Auch Atomkraft verschärft die Klimakrise, denn sie ist keine grüne Energie und nicht CO₂frei.

Das bringt mich zum anderen Hut: Ich darf hier die älteste **Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit** vertreten, genannt **WILPF**, die Abkürzung für **Women's International League for Peace and Freedom**, gegründet 1915 in Den Haag. Wir wollten den Ersten Weltkrieg stoppen – wir sind gescheitert, beim Zweiten sowieso, also müssen wir weitermachen und sind heute mit 40'000 Mitgliedern in nunmehr 45 Ländern vertreten, mit zwei internationalen Sekretariaten in Genf und New York. WILPF hat den Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Wir glauben an die Möglichkeiten des Multilateralismus der UNO-Institutionen, trotz ihrer Mängel.

Pazifismus und Feministische Friedenspolitik

Ist also **Pazifismus** nach wie vor das Programm? Für mich als WILPF-Frau nicht ganz. *Der Pazifismus ist ohne politische Gleichberechtigung der Frau* nicht denkbar.*

Genauso wie bei der unheilvollen Kette der Atomenergie nicht an den Uranabbau gedacht wird, wird bei Friedensarbeit nicht an eine feministische Sicherheitspolitik gedacht, dabei geht das die gesamte Gesellschaft etwas an; Männer und Frauen und queere Menschen sind gleichermaßen vom steigenden Militarismus betroffen, der auf einem tiefsitzenden Patriarchat gründet, angetrieben von einer neoliberalen Denkweise in einem marktwirtschaftlichen System, das sich immer schneller dreht und immer mehr Opfer aus dem Hamsterrad der Profitmaximierung wirft, die den Ansprüchen der globalisierten Welt nicht entsprechen.

Also sind eigentlich wir alle aus dem Hamsterrad geworfen:

- denn 2024 besass gerade mal 1,6 Prozent der Weltbevölkerung rund 48,1% des weltweiten Vermögens.
- 90% der Milliardäre und Millionäre sind Männer.
- Acht Milliardäre besitzen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.
- 2 von 3 Menschen weltweit werden von Männern über 70 regiert.
- Nur etwas 4,7% der Weltbevölkerung, das sind 380 Millionen Menschen, haben eine Frau als Regierungschefin.

Diese Zahlen verdeutlichen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern – welche eine der grossen Ursache der heutigen Misere ist:

Politische Macht ist demnach extrem männlich dominiert. Gepaart mit Wirtschaftsmacht in männlicher Hand – eine explosive Mischung, im wahrsten Sinn des Wortes. So kann es zu gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen kommen, die Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Macht und Kontrolle im Kontext männlicher Rollenbilder rechtfertigen. Dann wird der Krieg tatsächlich «zu einer blossen Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln», wie es Clausewitz gesagt hat. Es entsteht im Innern einer Gesellschaft eine toxische Männlichkeit mit Mobbing, sexueller Belästigung, Gewalt gegen und die Objektifizierung von Frauen**, heutzutage angefeuert durch die digitale Gewalt in den sozialen Medien. Nach aussen gilt Militarisierung der Gesellschaft als cool; Vorurteile gegen Diverse und Andersdenkende sowie non-binäre Menschen, Hass gegen Frauen* und diverse Lebensentwürfe, Ausgrenzung von Geflüchteten und MigrantInnen werden zur Normalität. Diversität und Inklusion einer Gesellschaft sind Feindbilder.

Buen Vivir und Frieden statt Krieg

Mal abgesehen von Margareth Thatcher und ein paar ähnlich tickenden Damen, haben Frauen* – und ich würde sagen, auch die LGBTIQ+-Gemeinschaft – kein Interesse an Krieg. Krieg steht diametral gegen *Buen Vivir*, einer indigenen Lebensphilosophie aus Südamerika, die ein Leben in Harmonie zwischen Menschen und Natur (Pachamama) betont. Es ist ein

Gegenentwurf zum westlichen Wachstumsmodell, der Gemeinschaft, Solidarität und Nachhaltigkeit über materiellen Reichtum stellt. Dieses Gesellschaftsverständnis kommt dem **feministischen Sicherheitsdenken** nahe. In Ecuador und Bolivien ist das Konzept des *Buen Vivir* in der Verfassung verankert.

Vielleicht zuerst zur Klärung, was ist eigentlich eine **feministische Grundhaltung**?

Grundanliegen sämtlicher feministischen Strömungen sind die **Selbstbestimmung, Freiheit und Gleichheit für alle Menschen, die im öffentlichen, wie auch im persönlichen Leben** verwirklicht werden soll. Deren Vielfalt bietet Ansätze für die Gestaltung eines tiefgreifenden sozialen Wandels, der für einen dauerhaften Frieden unumgänglich ist.

Ihr seht, das ist inklusiv, das geht Männer, Frauen und queere Menschen an. Chancengleichheit im Beruf, faire Löhne, hier namentlich die Anerkennung und Entlohnung der **Care-Arbeit**, der Sorge-Arbeit – im Wissen, wie stark der Care-Bereich zur Sicherheit beiträgt. Dann die Eigentumsrechte, Bildung sowie rechtliche, eheliche und elterliche Rechte – das sind allesamt Themen, mit denen sich Feminismus auseinandersetzt. Alle Frauen* und Mädchen sollen die gleichen Lebens- und Bildungschancen haben wie Männer und Jungen. Das ist die Voraussetzung für eine friedfertige Gesellschaft, die gemeinschaftliches Handeln fördert, nicht das individualistische Streben nach immer mehr Macht und Geld.

Feministisches Sicherheitsverständnis

Beim **feministischen Sicherheitsverständnis** geht WILPF zuerst mal davon aus, dass Frieden nicht bloss die Abwesenheit von Krieg ist. So gehen wir den *Ursachen* von Konflikt und Krieg auf den Grund; mit anderen Worten, wir schauen auf die *Ursachen* von männerdominiertem Krieg und patriarchaler Gewalt. Wir wehren uns gegen eine Politik der Militarisierung der Gesellschaft und verstehen Sicherheit nicht als militärische Sicherheit, schon gar nicht als eine durch Atomwaffen angeblich garantierte Sicherheit.

Realität ist: Atomwaffen und die gesamte nukleare Industrie töten, auch wenn keine einzige Bombe gefallen ist. Deshalb wollen wir eine menschenzentrierte Sicherheit, keine Aufrüstung jeglicher Form, die personelle, materielle und finanzielle Ressourcen entzieht, die wir für die vielen dringenden Anliegen unserer Gesellschaft bitter nötig hätten. Frauen* und Kinder sind immer die ersten Leidtragenden von Krisen. Wir müssen diese Zusammenhänge klar benennen: Das staatliche Budget muss den Menschen ins Zentrum stellen, *wir* brauchen die 3 Milliarden des Schweizer Militärbudgets, nicht das Militär, und die auf *militärische* Sicherheit ausgerichtete Landesverteidigung.

«*Move the money from war to peace!*» sagen *feministische Friedensfrauen**.

- Ich erwähne hier nochmals die unterbezahlte Care-Arbeit,
- aber auch die Rentenabsicherung,
- die Investitionen in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien,
- Bildungsinstrumente zur Friedensförderung ausgehend von einer menschenzentrierten Sicherheit,
- die Schaffung von sinnvollen Arbeitsplätzen –
- kurz, die Transformation einer Rüstungsindustrie – letzten Endes Kriegsindustrie – in eine Friedensindustrie und menschenorientierten Wirtschaft; das alles ist machbar.
- Wir müssen es nur wollen und den politischen Willen dazu erzwingen.

Schweiz: Kein Bau neuer AKWs – sondern die Durchsetzung von Abrüstungsverträgen und Völkerrechtsinstrumenten

Wir wehren uns entschieden gegen die **Aufhebung des Neubauverbots von AKWs**, denn dadurch würde das sicherheitspolitische Risiko der Atomenergie vom Uranabbau bis zur Endlagerung der radioaktiven Abfälle für Jahrhunderte zementiert. Zudem müssen die weltweit ältesten Schrottreaktoren Beznau 1 und 2 abgeschaltet werden, die Bevölkerung Süddeutschlands und des Schweizer Mittellands wäre vor einer etwaigen radioaktiven Verseuchung nicht sicher. Angesichts des Risikos einer nuklearen Eskalation verlangen wir als weiteren Schritt den Schweizer Beitritt zum TPNW-Vertrag (die Initiative zu diesem Atomwaffenverbotsvertrag ist eingereicht), dadurch wird das Völkerrecht gestärkt und die nukleare Bedrohung in Europa verringert. Dazu kann ich berichten, dass ich 2017 die Schweizer Delegation an der UNO in NY von Zürich aus mit feministischen Argumenten für den Atomwaffenverbotsvertrag beliefert habe und mich freute, wie sie mit WILPF und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiteten, und unsere Argumente im Vorfeld der Abstimmung einsetzten, um Stimmen *für* den Atomwaffenverbotsvertrag zu bekommen. Es ist eine **Perversion der Politik**, an der UNO für die Sache zu kämpfen, und im eigenen Land einen totalen Rückzieher zu machen, zumal das Schweizer Parlament sich für die Ratifizierung des TPNW-Vertrags ausgesprochen hat. Wie so oft, scheitern progressive Vorstöße, sowohl international wie national an der Umsetzung. Das gilt auch für den Einsatz der Umsetzung weiterer Völkerrechtsinstrumente für die Sicherheit von Frauen* und für ihren Einbezug bei Friedensverhandlungen.

Völkerrechtsinstrumente für die Sicherheit von Frauen*

Dazu gibt es völkerrechtliche Instrumente wie die wegweisende **UNO-Sicherheitsrats-Resolution 1325 zu Frauen*, Frieden und Sicherheit** (2000), welche die wichtige Rolle und aktive Beteiligung der Frauen* sowie die Gender-Perspektive in der Prävention und der Lösung von Konflikten bekräftigt. Oder die **Istanbul-Konvention** des Europarats von 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt, mit verbindlichen Rechtsnormen. Schweiz hat diese 2018 ratifiziert und arbeitet am nationalen Aktionsplan. Doch heute kämpfen Frauen* nicht nur um einen Platz am Verhandlungstisch, nun sind sie mit der Gefahr eines Backlash konfrontiert. *Laut UN Women hat 2024 bereits jedes vierte Land Rückschritte bei den Frauen*rechten verzeichnet.*

Frauen*rechte sind keine Selbstverständlichkeit – und viele Errungenschaften bleiben fragil.

Militarismus und geschlechtsspezifische Gewalt

Andererseits verschärfen **Militarismus und Militarisierung geschlechtsspezifische Gewalt und Ausgrenzung**. Militarismus ist eine Ideologie, Politik und Praxis, die die Rolle des Militärs und anderer bewaffneter Akteure innerhalb der Gesellschaft hervorhebt und sie als „Beschützer“ positioniert, die für die Schaffung einer Form von Sicherheit verantwortlich sind.

Antimilitaristische Feministinnen, wie beispielsweise die Mitglieder der WILPF, kritisieren den Militarismus seit langem dafür, dass er Gewalt, einschliesslich geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV), schürt und legitimiert.

Obwohl geschlechtsspezifische Gewalt von jedem ausgeübt werden kann, sind die **Haupttäter häufig Männer**, und die Hauptopfer sind oft Frauen* oder Menschen anderer marginalisierter Geschlechter. Rund 30 Prozent der Frauen* weltweit – etwa 840 Millionen Frauen* – haben Gewalt durch ihren Partner oder sexuelle Gewalt erlebt, die häufig in höherem Masse in Kontexten bewaffneter Konflikte, Besatzung sowie in Umgebungen mit hoher Militarisierung und Krisenhäufigkeit auftritt. Völkerrechtsinstrumente erkennen an, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt – einschliesslich Vergewaltigung, sexueller Sklaverei, Zwangsprostitution, Zwangsheirat und Menschenhandel – *als Waffe und Kriegstaktik eingesetzt* wird. Bewaffnete Konflikte, Postkonfliktsituationen, militärische Besatzung und Völkermord haben schwerwiegende und geschlechtsspezifisch unterschiedliche Auswirkungen. Im Jahr 2025 stellte die Untersuchungskommission zu den besetzten palästinensischen Gebieten und Israel fest, dass Israel seit Oktober 2023 **systematisch sexuelle, reproduktive und andere geschlechtsspezifische Gewalt gegen Palästinenser*innen angewendet** und durch die Zerstörung und Blockade des Zugangs zu Einrichtungen der

reproduktiven Gesundheit „völkermörderische Handlungen“ gegen Palästinenser*innen im Gazastreifen begangen hat. In Afghanistan haben die Taliban seit ihrer Machtübernahme im Jahr 2021 ein **System institutionalisierter Diskriminierung** eingeführt, das eine Reihe von Einschränkungen umfasst, die darauf abzielen, afghanische Frauen* vollständig aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Überall sind Familien von Polizeibeamten in hohem Masse von häuslicher Gewalt betroffen; und sexuelles Fehlverhalten ist eine der grössten Kategorien von polizeilichem Fehlverhalten. Feministische Wissenschaftlerinnen haben festgestellt, dass Patriarchat und Militarismus viele gemeinsame Werte haben, darunter Hierarchie, Gehorsam, Ausgrenzung und Kontrolle. Militarismus verschärft andere strukturelle Faktoren und fördert die Beteiligung von Männern an Gewalt – sei es durch Massnahmen wie die Wehrpflicht oder die Rekrutierung für Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen. Er baut auf anderen Bedingungen und Kräften auf, die zur Gewalt von Männern beitragen und patriarchale Normen verstärken, darunter Kolonialismus und Imperialismus, Traumata, Armut und Ungleichheiten, Landenteignung, Klimawandel, Ernährungsunsicherheit, die Rüstungsindustrie und Korruption.

Die **Agenda „Frauen*, Frieden und Sicherheit“** erkennt die geschlechtsspezifischen und unverhältnismässigen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen* und Mädchen an und zielt darauf ab, diese zu bekämpfen. Sie stützt sich auf vier Säulen: Prävention, Teilhabe, Schutz sowie Nothilfe und Wiederaufbau. Die Agenda ist in zehn Resolutionen des Sicherheitsrats, über 100 nationalen Aktionsplänen und weiteren ergänzenden Rahmenwerken verankert. Die Umsetzung ist wie immer hart. Frauen* und marginalisierte Gruppen werden bei vielen Verhandlungen nach wie vor ausgeschlossen. Dieser anhaltende Ausschluss wirkt wie eine Belohnung für die Beteiligung an Konflikten und Gewalt und entzieht den Friedensakteuren ihre Legitimität zugunsten der militärischen Akteure.

Waffen erhöhen die Wahrscheinlichkeit geschlechtsspezifischer Gewalt und begünstigen zudem Straflosigkeit.

Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt, darunter Femizide, konfliktbedingte sexuelle Gewalt und andere Übergriffe, werden oft unter Einsatz einer Schusswaffe begangen, womit die Täter versuchen, Macht und Gewalt über die Opfer auszuüben. Die Schweiz und Österreich führen die Liste der Femizide in Europa an. Laut Bericht des UN-Generalsekretärs Gutierres *«garantieren Militärausgaben keine Sicherheit; stattdessen schüren sie oft Wettrüsten, vertiefen das Misstrauen zwischen den Ländern und destabilisieren die internationale politische Landschaft. Die Umleitung von Mitteln in Militärausgaben bindet Länder an eine langfristig militärzentrierte Politik, bei der Verteidigungsausgaben Vorrang vor Entwicklungsfortschritten*

haben, und signalisiert einen gefährlichen Rückgang der internationalen Zusammenarbeit»

⇒ *Der Pazifismus ist ohne politische Gleichberechtigung der Frau nicht denkbar.*

Sozialpolitische Errungenschaften

Und einfach so geschenkt wird einem weder Gleichberechtigung noch Pazifismus. Ist es nicht so, dass unsere sämtlichen sozialpolitischen Errungenschaften, angefangen von der Schweizer AHV oder das Frauen*stimm- und Wahlrecht, dem Lieferkettengesetz in Deutschland oder die Sozialpartnerschaft in Österreich erkämpft werden mussten – nichts wurde den Menschen geschenkt, was heute als gängige politische Praxis gesehen wird. Wir Frauen* kennen das v.a. aus der ersten und zweiten Phase des Feminismus: mit dem Kampf um das Frauen*stimm- und Wahlrecht und um die Gleichstellung der Geschlechter. Und ist es nicht so, dass sämtliche dieser Initiativen, die einen Fortschritt für eine gleichberechtigte (Geschlechter-) Gesellschaft bedeuteten, von politisch linksstehenden Kreisen gekommen sind?

Ich weiss nicht warum Kriegsgeheul, Militarisierung, Rüstungswahn, Frauen*hass, KlimawandelleugnerInnen eher von rechts und ultrarechts kommen. Deren ExponentInnen verstehen es, die Menschen in ihren Sorgen abzuholen, mit einfachen Lösungen, und in der Schweiz oft zum Beispiel mit Argumenten hinter einer falsch verstandenen Neutralität gepaart mit einem harten neoliberalen Wirtschaftskurs, ohne Rücksicht auf Armutsbetroffene, Geflüchtete, Migrantische Menschen. Diese dienen als Sündenbock in einer Ausgrenzungspolitik, statt mit den Kompetenzen und Stärken der gesamten Bevölkerung ein gutes Leben für alle zu entwickeln – eben: Buen Vivir. Ich rede hier *nicht* von den unheiligen Allianzen von extrem links und extrem rechts, denen eine friedliche Gesellschaft keine Priorität ist.

Warum hat die Linke in all ihren Schattierungen Mühe, sich rechtzeitig zu organisieren und sich gegen undemokratische, rassistische, profitgetriebene, faschistische Bestrebungen lautstark zu wehren? Sind ihnen ihre Wertvorstellungen von Frieden, Freiheit und Demokratie weniger wichtig wie der Gegenseite? Sind sie Opfer von wohlstandsgetriebener Bequemlichkeit geworden?

Wir ent-rüsten uns! – Ent-rüstet Euch! – Engagiert Euch!

Hier passt der Aufruf des diesjährigen Bodensee-Friedenswegs: «Wir ent-rüsten uns». 2015 haben **Margot Käßmann** und **Konstantin Wecker** ein pazifistisches Plädoyer geschrieben, das zu gewaltlosem Handeln aufruft:

“**Entrüstet Euch!**” Es fordert eine Abkehr von Hochrüstung und Waffenlieferungen, wobei Pazifismus als zeitgemässes Gebot und nicht als Naivität verstanden wird. Das Werk betont, Frieden sei machbar. Dazu müssen wir die guten Kräfte aufrütteln.

Ich bin vom Aufruf von **Stéphane Hessel**, dem ehemaligen Widerstandskämpfer und französischen Schriftsteller, geprägt worden: 2010 veröffentlichte er das Buch „**Empört euch!**“ Hessel richtet einen Appell an die jüngeren Generationen und fordert sie auf, weiterhin Empörung zu zeigen: Er nennt Themen, die ihn empören, wie die Diskriminierung von AusländerInnen, den Sozialabbau, den Konzentrationsprozess bei den Medien (verlorene Unabhängigkeit), den beschränkten Zugang zu Bildung sowie Entwicklungs- und Umweltpolitik. Er fragt nach Nachhaltigkeit unseres Tuns und Handelns auf der Erde. Was tun wir der Umwelt an? Wie gehen wir mit den Menschenrechten um, wenn wir an dessen Grenzen stossen? Wie erklären wir der nachfolgenden Generation, was wir mit der Umwelt angestellt haben? Was für ein Hochmut, noch heute nicht anerkennen zu wollen, was wir mit der Klimakrise angerichtet haben?

In diesem hochaktuellen Werk beklagte Hessel ebenfalls die Lage der 1,5 Millionen PalästinenserInnen, die im „Freiluftgefängnis“ namens Gaza eingesperrt sind, aber auch die von Israel begangenen Gräueltaten. Er fordert zu einer engagierten Lebenshaltung auf, zu gewaltloser Revolte und zivilem Ungehorsam. Wir alle haben Grund zum Widerstand, aus *unserer privilegierten Position heraus* ist es meiner Ansicht nach sogar eine *Pflicht*, sich zu engagieren. Hessel sagt, *das Schlimmste, was man sich und der Welt antun könnte, sei die Gleichgültigkeit gegenüber den politischen Verhältnissen.*

Nach «Empört Euch!» folgt sein Aufruf zum aktiven Einsatz für eine bessere Welt: «**Engagiert Euch!**» Wie aber kann sich jeder Einzelne ganz konkret für eine bessere Gesellschaft stark machen? Das fragt sich Hessel in seiner 2. Streitschrift. Eine komplex gewordene Welt, so Hessel, erfordert komplexe Strategien. Widerstand darf aber nicht nur im Kopf passieren. Wir müssen handeln, und zwar mit den Mitteln der Demokratie. Dazu gehört die Beteiligung an Protesten, internationale Zusammenarbeit sowie persönliches Engagement im Kleinen. Aber vor allem brauchen wir eines: den Glauben daran, dass unser gemeinsames Engagement die Welt verändern kann. Das entspricht auch dem feministischen Denken und Handeln von WILPF. Wir setzen auf Prävention, angefangen in der Schule, auf Stärkung der Zivilgesellschaft, die Einhaltung des Völkerrechts, angeleitet von einem feministischen Verständnis von menschlicher und ökologischer Sicherheit. Ein solcher feministischer Frieden ist ein Prozess zur Beendigung aller Gewaltnormen.

Nun muss ich noch **eine (wahre) Geschichte** einer Aggression loswerden:

Stellt Euch vor, nach 22 Jahren friedlichen Zusammenlebens überfällt der Nachbar Dein Land, es kommt zu einer militärischen Invasion, der Kampf gegen einen übermächtigen Aggressor beginnt, das Land hält dem Angriff, allein auf sich gestellt und mangelhaft ausgerüstet, stand. Der Angreifer will das Land wieder heimholen, die Grenze zugunsten wichtiger Städte im eigenen Staat verschieben. Auf dem Papier ist die Lage klar: Die angegriffene Armee ist zahlenmässig, vor allem aber bei der Ausrüstung mit Waffen und Munition klar unterlegen. Zum Beispiel verfügt das Land nur über 30 Panzer, eine kleine Luftwaffe und eine veraltete Artillerie. Entsprechend muss improvisiert werden. Zwar gibt es bereits in früheren Kriegen Brandbomben, die in Flaschen gefüllt und auf Panzer geworfen werden, doch erst in diesem Krieg mitten im harten Winter erhalten sie den Namen Molotowcocktail. Auch wegen besserer Fähigkeiten und Ausrüstung im eigenen Gelände, gelingt es den Verteidigern, die erste Offensive zu stoppen. Der Aggressor versucht, das Land ideologisch zu spalten, das gelingt nicht. Luftangriffe auf die grossen Städte bringen ebenfalls nichts, der Angriff war schlecht vorbereitet, man glaubte, das Land ergebe sich sofort. Die tiefen Temperaturen macht den Angreifern zu schaffen. Infolge der gescheiterten ersten Offensive gruppiert der Aggressor jedoch seine Truppen um, verstärkt die Bewaffnung, verbessert das Training und startet am vier Monate später eine neue Grossoffensive mit nun 600'000 Soldaten, 2000 Panzern und über 3000 Geschützen. Der Durchbruch durch die ersten Befestigungslinien gelingt, schnell fallen weitere Verteidigungslinien. Es gibt weltweit Proteste gegen Bombardierungen ziviler Ziele. Ein «moralisches Handelsembargo» gegen den Angreifer wird ausgesprochen, das sich verteidigende Land erhält einen Kredit, aber kaum Flugzeuge oder Waffenlieferungen. Die Lage wird militärisch aussichtslos, schliesslich nimmt man mit dem Aggressor Kontakt auf, der unverrückbare Friedensbedingungen diktiert, es kommt zu einem Friedensvertrag.

Ein Friedensvertrag und seine Folgen

Tausende Soldaten müssen sich innert 48 Stunden von der umkämpften Front zurückziehen; sie marschieren Tag und Nacht, schlafen während des Marschierens, evakuieren noch 150'000 Menschen aus den verlorenen Gebieten, retten Kulturgüter und Nutztiere. Im Westen muss ein Fünftel des Landes aufgegeben werden, mit wichtigen Kupferminen und einer florierenden Landwirtschaft. Im Süden des Landes müssen die Familien ganzer Dörfer für die 30 Jahre ihre Häuser verlassen, Offiziere der Siegermacht ziehen ein und pachten einen Flottenstützpunkt. Irgendwie überwindet das Land die Wirtschaftskrise, die Bauern teilen das Land proportional mit den geflüchteten Landsleuten, um ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen; der Staat zahlt die Reparationen an die Sieger, das Land behält die Unabhängigkeit. Leider kommt es zu einem Fortsetzungskrieg, bei dem sie gezwungen sind, mit dem falschen Partner gegen den ursprünglichen Aggressor zu kämpfen, beim

Waffenstillstand verliert das Land weitere Gebiete, schafft aber die Unabhängigkeit. Trotz dieser doppelten Niederlage bleibt der damalige Winter- und Fortsetzungskrieg im kollektiven Gedächtnis haften. Bis heute. Sie konnten die erste Invasion eines übermächtigen Feindes stoppen, aber sie wollen in Zukunft nicht mehr allein stehen.

Ist das eine Zukunftsvision für die Ukraine? Ich weiss es nicht – aber ich habe von meinem Heimatland Finnland erzählt, von meinem Vater, der von der Front erschöpft zurückkehrte, im Marschieren schlief, im letzten Moment Menschen und Kulturgüter aus einem Inselkloster evakuierte, von meinen Onkeln, die es nicht geschafft haben. Aus dieser Geschichte heraus haben sie sich kurz nach dem Einfall Russlands in die Ukraine entschlossen, der NATO beizutreten, zusammen mit Schweden, gerade etwas, was Putin sicher nicht wollte. In Finnland waren vor dem Einfall Russlands nur etwas über 20% der Bevölkerung für die NATO, danach über 80%. Für mich als Pazifistin schwer zu tragen, denn die NATO ist für mich der Inbegriff des männergetriebenen Militarismus. Aber verständlich, wenn in St. Petersburg Panzer in Richtung Finnland aufgestellt werden, mit grossen Tüchern, auf dem das Wort Helsinki zu lesen ist. Finnland hat das Recht auf Selbstverteidigung und Selbstbestimmung beansprucht, nachdem es angegriffen wurde.

Welcher Friede für die Ukraine?

So auch die **Ukraine**, deren Gebiete (wie in Finnland) im Osten und Süden besetzt sind. Ich denke an den beidseitig aufgestauten Hass durch die vielen Gräueltaten beider Seiten. Die russischstämmigen Familien im Donbass, denen auch Unrecht geschehen ist. Aber diese Verwandlung eines Brudervolkes in ein sogenannt nazi-faschistisches Land, gesteuert vom Westen, die Legitimation, dass es mitsamt den Kindern ausgelöscht werden darf, das will ich nicht verstehen – es gibt keine Legitimation für einen Angriffskrieg. Ich verstehe die Menschen, die weiterkämpfen in Verteidigung ihres Landes, das angegriffen worden ist und das untergehen soll. Trotzdem rufen wir zum Waffenstillstand und zu Friedensverhandlungen auf. Jetzt.

Ich bin in guter finnischer Tradition mit einem Wort aufgewachsen, das im 2. Weltkrieg besonders wichtig war, aber noch heute verwendet wird. Das Wort gibt Hoffnung in aussichtslos scheinenden Zeiten: Ich gebe Euch dieses Wort mit: SISU – es ist so was wie Resilienz, Durchhaltewillen, Stehvermögen, sich durchbeissen. Hoffnung ist eine Disziplin, die es tagtäglich zu trainieren bedarf. Und das Trainingsinstrument dazu, ist der Feminismus, sind die Frauen*netzwerke in der Schweiz und über Landesgrenzen hinweg.

Jetzt, wo internationale Rechtsinstrumente nix mehr gelten, das Völkerrecht und auch das humanitäre Völkerrecht an vorderster Front von den USA und Russland mit Füßen getreten wird, kann da Hoffnung und SISU noch helfen? Wie müssen sich die UkrainerInnen vorkommen, wenn der Krieg tobt und

gleichzeitig der russische Staat seine Kriegsmaschinerie mit ukrainischen Bodenschätzen finanziert, von 2022 bis 2025 über 508'500 Tonnen Kohle aus den besetzten Gebieten exportiert hat und in den eroberten Gebieten das Strassen- und Schienennetz ausbaut, um die riesigen Erzvorkommen an Lithium, Uran, Titan und Seltene Erden nach Russland abzutransportieren – auf die Trump 2025 auch ein Auge geworfen hatte. Er glaubt, er käme leichter an diese Rohstoffe heran, wenn er Putin unterstützt. Die Ukraine wird schon gar nicht mehr gefragt. Wie käme uns das vor?

Was bleibt denn zwischen einer langen Kriegsfortsetzung mit Tod und Zerstörung – und Russland gewinnt militärisch doch, oder evtl. gezielter Atomschlag, als Kurzschlusshandlung Putins, wenn er sich in die Ecke gedrängt fühlt. Unsere Forderung muss sein: Waffenruhe und Verhandlungen so schnell es geht. Offenbar will das Putin nicht, oder nur zu so horrenden Vorbedingungen, dass die Ukraine nicht darauf einsteigen kann. Soll Ukraine nun einfach kapitulieren – würdet Ihr das tun, wenn es Eure Heimat wäre? Wäre es für Euch kein Problem, unter einer russischen Herrschaft zu leben?

Ich bin überzeugt vom **Recht auf Selbstbestimmung aller Völker**: also muss die Ukraine selber über ihr Schicksal entscheiden - und ich sage das als Pazifistin und bin mir des Dilemmas bewusst: zum Zweck der Selbstverteidigung bis zu den Friedensverhandlungen verstehe ich eine militärische Unterstützung der Ukraine – Russland versucht mit einem Bomben- und Drohnenkrieg sowie einer Verheizung von Menschen an der Front eine möglichst gute Verhandlungsposition zu erreichen – so denn die Verhandlungen mal beginnen sollten.

Gewalt und Kindesentführungen (nicht nur) bei den Krimtataren

Als Menschenrechtsaktivistin für Indigene Völker habe ich Kontakt zu den *Krimtataren*, denen Putin nach der Annexion der Krim versprochen hat, sie werden verschont und können ihre Kultur und Schulen behalten – was passiert? Die Männer werden als Kanonenfutter an der Front verheizt, und selbst Frauen* werden nicht verschont, sie werden reihenweise von den Besatzern als kriminell eingestuft und verhaftet. Das habe systemischen Charakter, erzählt eine meiner Kontaktpersonen, die Mehrheit der inhaftierten Frauen* befinden sich lange Zeit in totaler Isolation ohne Besuchsrechte oder Schutz, enormem physischen und psychischen Druck ausgesetzt. Derweil ihre Kinder von der Krim nach Russland verschleppt werden – was bekanntlich seit 2014 auch in den besetzten Gebieten der Ukraine passiert, wie viele Kinder deportiert und in Umerziehungsanstalten gebracht worden sind, ist nicht klar, die ukrainische Regierung spricht von 20'000, einige NGOs sprechen von einer höheren Zahl, und nur knapp 1250 seien bis März 2025 zurückgebracht worden.

Warum? Russlands Bevölkerung schrumpft und braucht Kinder – auch eine Perspektive des Kriegs, von der nicht gross gesprochen wird, obwohl die UNO erklärt haben, dass diese Deportationen Kriegsverbrechen darstellen und der Internationale Strafgerichtshof hat Haftbefehle gegen Putin und die russische Kommissarin für Kinderrechten erlassen. Die Erziehung von Kriegskindern in einem fremden Land und einer fremden Kultur kann einen Akt des Völkermords darstellen, wenn sie darauf abzielt, die nationale Identität auszulöschen.

Ich glaube trotzdem an den alten Slogan: «Frieden schaffen ohne Waffen» – aber mein **Dilemma** bleibt, *wenn ein Konflikt bereits auf die Gewalteen eskaliert ist und eine Seite Waffen einsetzt, soll dann die andere Seite sich abschlagen lassen? Eine Frau, die vergewaltigt wird, und sich wehrt, kann doch nicht dafür belangt werden, dass sie sich wehrt? Welche Gewalt war zuerst? Wir Pazifist*innen müssen uns für die zivilen Instrumente der Prävention, Deeskalation und Konfliktbeilegung engagieren, auch wenn diese falsch, zu spät oder gar nicht eingesetzt wurden. Hier glaubt WILPF ganz stark an die Friedenswirkung der multilateralen Systeme wie der EU, der UNO oder der OSZE, die Frieden fördern, wenn auch mit einer eingeschränkten Souveränität. Frieden geht vor. Hier müssen wir uns engagieren, damit diese die notwendigen zivilen Mittel und Kompetenzen erhalten, um zu verhindern, dass Konflikte sich zu einem Krieg verwandeln.*

Kein Bau und keine Verbreitung von Atomwaffen mehr

WILPF spricht sich auch ganz klar für eine atomare Abrüstung aus und verurteilt die Politik Putins, der seinen konventionellen Krieg mit der Drohung, Atomwaffen einzusetzen führt. So hat er die UNO, die EU, die NATO paralyisiert. Und alle rufen nach dem Ausbau der nuklearen Verteidigung, in Europa soll jetzt eine eigene Atomwaffenstreitmacht aufgebaut werden. Sind wir zurück im Kalten Krieg? Umso wichtiger ist der **Atomwaffenverbotsvertrag** (AVV/TPNW) von 2017. Der Vertrag verbietet Entwicklung, Tests, Produktion, Besitz, Lagerung und den Einsatz von Atomwaffen. **Unterschied zum Atomwaffensperrvertrag (NVV):** Der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970 ist das Hauptinstrument zur Nichtverbreitung, während der neue AVV auf ein absolutes Verbot zielt. **Haltung der Atommächte/NATO:** Keine der fünf offiziellen Atommächte (USA, Russland, China, Frankreich, Grossbritannien) oder NATO-Staaten (ausser Niederlanden) nahmen an den Verhandlungen teil. Sie unterstützen den Vertrag nicht, da sie auf nukleare Abschreckung setzen. Die **Schweizer Regierung** weigert sich, den Vertrag zu ratifizieren, obwohl beide Kammern des Parlaments dies beschossen haben und der Rückhalt in der Bevölkerung gross ist. Nun, die Schweiz will der NATO nicht auf die Füsse treten, und **Deutschland** als NATO-Mitglied boykottiert den Vertrag. **Österreich** hat ihn ratifiziert, als Befürworter der nuklearen Abrüstung, **Liechtenstein** wartet mit der Ratifizierung ab.

- Wir wollen, dass die NATO und EU ihre Fixierung auf Hochrüstung mit nuklearen Massenvernichtungswaffen und endloser Rüstungsmodernisierung aufgibt.
- Wir brauchen Vorschläge für eine Politik der Entmilitarisierung unter dem Dach der UNO.
- Genauso wie wir die NATO als Verursacher einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft und als Unsicherheitsfaktor für den Frieden sehen, muss die Friedensbewegung einen Schritt vorwärts machen:
- Unsere Basis ist das Völkerrecht, Aggressoren müssen klar bezeichnet werden, wir stehen auf der Seite der Angegriffenen und unterstützen sie punktuell mit militärischer Hilfe.
- Die Rüstungsexportindustrie soll schrittweise in eine zivile Industrie transformiert werden. Mit diesem Widerspruch müssen wir leben lernen.

Radikal ohne Waffen: Sich engagieren für TPNW, gegen Aufrüstung und Kriegsexporte, für Völkerrecht, Verhandlungen und Frieden.

Zum Schluss: Wir brauchen keine Banalitäten als politisches Programm verkünden, wie es z.B. eine AfD in Deutschland, oder eine FPÖ in Österreich tun, oder die SVP in der Schweiz. Trotzdem, wir haben viel zu tun, und uns läuft die Zeit davon. Und deshalb braucht es **Radikalität in unseren Forderungen und Taten**. Und Politiker*innen, die wir wählen, die konstruktiv und nicht nur bis zu den nächsten Wahlen denken und sich nicht als Geiseln des steigenden Erdöl- und Gaspreises sehen, und Kapital schlagen aus der Angst der Menschen vor Zuwanderung, Terror und weiter steigenden Preisen.

Aktiengesellschaften im Rüstungssektor gehören zu den Profiteuren des Kriegs in der Ukraine. Aktionäre verdienen sich mit Blutaktien eine goldene Nase. Ethik und Moral sind ihnen unbekannte Größen: Werden 100 Milliarden in Militär und Rüstung investiert, dann fehlt Geld für Bildung, Gesundheit, Sozialwerke. Jedes Waffensystem, das weder produziert noch eingesetzt wird, rettet Leben und schont das Klima. Sehr Vieles liegt an uns: die *Zivilgesellschaft generell muss die Ärmel hochkrepeln*, aber auch die *Feministischen Verbundenheit* über Gendergrenzen hinweg muss gestärkt werden. *Wir müssen kämpferisch eingestellt sein, ohne Waffen.*

Frieden muss wieder attraktiv werden; über Abrüstung zu reden und sich gegen Waffenexporte wehren, muss in unserem Alltag normal werden. Wir müssen das Völkerrecht wie ein Banner vor uns hertragen, jede Handlung unserer Regierungen daran messen, sie dazu bringen, die UNO vorbehaltlos zu unterstützen. Die Indigenen Völker sagen, dass wir so handeln sollen, dass unsere Handlungen auch noch nach sieben Generationen Bestand haben.

Und: *Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt – sondern von unseren Kindern* geliehen. Das sollte unsere moralische Richtschnur sein.

Konkret in der Schweiz heisst das auch die **Bürgerinnenpflicht** – ich nenne es BürgerInnen-Privileg – erfüllen: an die Urne stimmen und wählen gehen, denn in einem politischen System einer direkten Demokratie leben zu können ist ein *Friedensinstrument und ein Privileg*:

Die von der SVP und Pro Schweiz eingereichte **Neutralitätsinitiative**, über die wir voraussichtlich noch dieses Jahr abstimmen werden, verdient ein deutliches Nein, denn wir wollen eine Schweiz, die für Solidarität und Förderung der Menschenrechte und des Völkerrechts einsteht. Die Initiative befürwortet ein starres Neutralitätsverständnis, Flexibilität wäre unmöglich – z.B. Sanktionen gegen Staaten, die gegen Völkerrecht verstossen, wären verboten. Aber *bei Ungerechtigkeiten begünstigt Schweigen oder Neutralität den Unterdrücker oder den Stärkeren. Das ist ein Deckmantel für eine passive Haltung, bei der man «nicht Partei ergreifen will»*. Das ist nicht wertefrei, das ist eine Entscheidung für den Status quo der Ungerechtigkeit. *Neutralität ist nicht immer unparteilich oder moralisch überlegen, sondern ist moralisches Versagen, wenn es z.B. ein Ungleichgewicht zwischen Tätern und Opfern gibt*. Desmond Tutus Aussage "*Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer*" ist ein Aufruf zu moralischem Engagement und gegen Gleichgültigkeit.

Opportunismus mit dem Tarnwort «pragmatisch» geht gar nicht.

Es gibt gute Gründe für die Schweizer Neutralität, die sich mit der Aktiven Neutralität modernisiert hat: Diplomatisches Engagement, Sitz internationaler Organisationen, UNO-Beitritt (2002) und selektive Beteiligung an Sanktionen Irak 1991, Ukraine 2022). Sie ist zudem ein Mittel, um die eigene Souveränität zu bewahren, ohne teure Bündnisse einzugehen und hält die Schweiz, die aus verschiedenen Sprach- und Konfessionsgruppen besteht, im Innern zusammen.

Dann zur **Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz)**: Darüber stimmt das Schweizer Stimmvolk am 14. Juni ab. Über 60'000 Personen im Zivildienst seien zu viel, findet der Bundesrat und die Bürgerlichen und wollen den Zugang zum Zivildienst erschweren und damit die Armee stärken. Gegner warnen vor einem Schaden für den Zivildienst ohne Nutzen für die Armee. Der Zivildienst leistet heute gewichtige Beiträge in der Pflege, Betreuung und Hilfe von Bedürftigen, und baut friedensfähige Strukturen auf, reduziert Gewaltpotenziale Die Schweiz soll die Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst beibehalten. Deshalb legen wir am 14.Juni ein

Nein zum neuen **Zivildienstgesetz** in die Urne, damit die Zulassung zum Zivildienst nicht verschlechtert wird.

Ich kann Euch nur ermutigen, das, was Ihr eh macht, mit noch mehr Entschlossenheit zu tun – *aus der Entrüstung heraus* von Margot Kässmann und Konstantin Wecker mit ihrem Appell 2015 für Pazifismus als Gegenentwurf zur Aufrüstung und *aus der Empörung heraus* von Stéphane Hessel mit seinem Aufruf zum politischen Widerstand kreativ zu werden – Banden zu bilden, wie es das Feministische Streikkollektiv in der Schweiz fordert, Zivilcourage zu zeigen, besser gemeinsam, nicht allein. Keine Profilierung von meist männlichen Einzelköpfen, sondern eine breite Basis von friedensbewegten Männern, Frauen und queeren Personen. Die Friedensbewegung muss wieder eine hörbare Stimme werden, eine die ernst genommen wird, die ihre Meinung gegen Krieg und Aufrüstung, gegen Militarisierung in patriarchalen Strukturen vertritt. Wir müssen unsere Meinung laut vertreten: Über jeden Menschen ohne Meinung und ohne die Empörung sie zu vertreten, wird über den Kopf hinweg bestimmt – mit billiger Meinungs- und Angstmache. Das läuft doch schon, oder? In allen Ländern, die an diesem Bodenseefriedensmarsch beteiligt sind. Hiess es nicht einmal: wehret den Anfängen?

Der **Frieden ist das Credo**, mit den Mitteln des Pazifismus und der Gewaltfreiheit; für die *Umsetzung* gilt für mich das feministische Sicherheitsverständnis; *Kraft* gibt mir die Vernetzung und Verbundenheit der WILPF-Frauen* weltweit – und *Menschen wie Ihr*;

...und sollte mir die Puste ausgehen, dann aktiviere ich SISU, meine Resilienz, mein Durchhaltewillen tief in mir drin, da trifft sie auf Hoffnung, diese Disziplin, die es zu trainieren gilt – wider die Bequemlichkeit und Beschaulichkeit eines privilegierten Lebens – probiert es doch auch, es bringt was. Nehmt SISU mit.

Um Frieden zu erreichen, sind deshalb anhaltende Bemühungen um Rechtsstaatlichkeit, Zusammenarbeit, ökonomischen Ausgleich und Empathie erforderlich. Das sagt der deutsche Friedens- und Konfliktforscher Dieter Senghaas. Für mich kommt noch die Notwendigkeit hinzu, Widerstand zu leisten. Widerstand leisten fängt mit Dir selbst an, gegen Deine eigene Bequemlichkeit, gegen den eigenen inneren Schweinehund, und Widerstand für mich bedeutet feministisches Engagement – Engagement bedeutet wiederum Widerstand: gemeinsam für den Frieden hier und weltweit.

Jin – Jiyan – Azadí / Frauen** – Frieden – Sicherheit für uns alle, mit einer Prise SISU bei Bedarf. Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

Helena Nyberg, Incomindios www.incomindios.ch / WILPF Schweiz www.wilpfschweiz.ch